



Ihr Zeichen

Unser Zeichen
Beh

Durchwahl
-220

Datum
02.09.2011

Sehr geehrte Leser,

die AWO Weser-Ems hatte den Parteien einzelner Kommunen von Osnabrück bis Ostfriesland 14 Fragen zur Seniorenpolitik gestellt. Die Rückmeldungen sollen den AWO Mitgliedern und weiteren interessierten Menschen die Wahlentscheidung am 11. September erleichtern. Gefragt wurden die SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation in der Altenhilfe in Niedersachsen beschränken sich die Fragen auf die Belange der älteren Generation und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege. In der Region Weser-Ems sind über 25 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre und älter. „Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und Anbieter sozialer Dienstleistungen fühlt sich die AWO Weser-Ems unter anderem dieser Bevölkerungsgruppe solidarisch verbunden“, sagt AWO Vorsitzender Dr. Harald Groth.

Anbei stellen wir Ihnen die Wahlprüfsteine aus der Region Oldenburg zur Verfügung.

Bis zum 02. September haben folgende Parteien geantwortet:

SPD Unterbezirk Oldenburg

SPD Unterbezirk Wesermarsch

SPD Kreisverband Ammerland

SPD Kreisverband Delmenhorst

CDU Kreisverband Delmenhorst

FDP Kreisverband Delmenhorst

FDP Ganderkesee

Die Linke.Oldenburg

Für Fragen steht Ihnen der Mitarbeiter Paul Behrens (Tel. 0441 4801 220) gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Ihre AWO





SPD-Unterbezirk Oldenburg-Stadt · Huntstr. 23 · 26135 Oldenburg

AWO
Bezirksverband Weser-Ems
Klingenbergstr. 73
26133 Oldenburg

Oldenburg, 31.08.2011/jk/ke

AWO Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl im September und Ihr Interesse an der Politik der SPD Oldenburg.

Gerne beantworten wir die gestellten Fragen zur Altenhilfe. Einschränkend möchten wir erwähnen, dass nicht alle Fragen auf der kommunalpolitischen Ebene geklärt werden können. Die SPD Oldenburg sieht die Zufriedenheit der älteren Generation als wichtigen Bestandteil ihrer Politik. Daher ist es uns unabhängig von der verantwortlichen politischen Ebene wichtig, dass sich die älteren Menschen in Oldenburg wohlfühlen.

Zu Frage 1: Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

Zur Kommunalwahl haben wir speziell der älteren Generation einen längeren Absatz gewidmet. Viele Ihrer Fragen werden in unserem Wahlprogramm beantwortet. Insbesondere die Situation der stationären Altenhilfe sehen wir - wie die AWO - äußerst problematisch. Dabei haben wir nicht nur die zu Pflegenden, sondern auch die Pflegekräfte im Fokus.

Bereits in zahlreichen Veranstaltungen in und um Oldenburg haben wir uns mit der Situation der stationären Altenhilfe befasst. Viele Altenpflegeeinrichtungen in Niedersachsen sind massiv in ihrer Existenz bedroht. In Niedersachsen können nur die Einrichtungen wirtschaftlich arbeiten, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Tariflöhne zahlen. Dieser Zustand ist nicht im Sinne der Sozialdemokratie. Die schwere Pflegearbeit ist in Form tariflicher Entlohnung wertzuschätzen.

Zu Frage 2: Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?

In Oldenburg leben heute fast 30.000 Menschen, die älter als 65 sind, Tendenz steigend. Unser Ziel ist, dass sich auch Senioren in Oldenburg wohl fühlen. Die SPD bleibt bei ihrer Unterstützung der „Senioren“, denen auf Grund ihres Alters oder ihrer Gesundheit an verschiedensten Stellen Hilfe angeboten werden muss, damit sie in der Lage sind, am Leben der Gemeinschaft in angemessener Weise teilhaben zu können. Wir wollen aber auch Seniorenpolitik für „Junge Alte“, die jenseits der 60 nach der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit noch fit sind und aktiv sein wollen.

Wir wollen deshalb denjenigen Älteren, die sich das zutrauen und die erforderliche Eignung mitbringen, die Chance geben, da wo sie gebraucht werden mit ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen einzuspringen. Klar gesagt sein muss, dass es dabei nicht um ehrenamtlich Tätige geht, auf deren Schultern ehemals staatliche Leistungen abgewälzt werden sollen.

Frage 3: Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?

Wir wollen gemischte Wohnquartiere mit Wohnungen für junge Familien und Senioren, in denen durch gegenseitiges Unterstützen ein Miteinander in der Nachbarschaft ermöglicht wird. Dazu sind vielfältige Modelle des generationenübergreifenden Wohnens weiterzuentwickeln. In der Stadtentwicklung und in konkreten Bebauungsplänen sollen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Unser Ziel ist es auch, finanzielle Fördermöglichkeiten für solche Quartiere zu eröffnen.

Zu Frage 4: Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?

Die Angebote zu einer lebenswerten Stadt auch für Ältere werden erweitert und verbessert. Das reicht von seniorengerecht hergerichteten Wegen und Plätzen mit Ruhemöglichkeiten und öffentlichen Toiletten bis hin zu altersgerechtem ÖPNV. Die Gestaltung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur muss zwingend in der Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Die SPD steht dafür ein, dass ältere und pflegebedürftige Menschen wohnortnah und selbstbestimmt in ihrem Stadtteil leben und versorgt werden können.

Zu Frage 5: Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?

Wir wollen, dass in jedem Stadtteil die Unterstützung der Seniorenarbeit koordiniert und weiterentwickelt wird. Die SPD in Oldenburg unterstützt Projekte in einzelnen Stadtteilen vom interkulturellem Seniorenbüro bis hin zu Nachbarschaftshilfen und Freiwilligenagenturen. Die parteiinterne Arbeitsgemeinschaft AG 60plus unternimmt pro Jahr zahlreiche Informationsveranstaltungen für die ältere Generation.

Zu Frage 6: Welche Konzepte entwickelt Ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

Die SPD unterstützt die Arbeit im Oldenburger Mehrgenerationenhaus. Wir wollen, dass vorrangig mit Hilfe von Landes- und Bundesmitteln das Beratungsangebot sowie die Integrations- und Bildungsarbeit des Mehrgenerationenhauses ausgebaut werden. Die SPD setzt auf die Stärkung der Stadtteilzentren, um Oldenburg zu einer Stadt der kurzen Wege zu machen und so die Attraktivität der Stadtteile zu verbessern. Unterschiedliche Angebote sollen in den Stadtteilen gebündelt werden. Bei der Entwicklung von Stadtteilen werden wir darauf achten, dass ein ausreichendes Raumangebot für Gemeinwesenarbeit zur Verfügung steht.

Zu Frage 7: Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

Wir verstehen Familie als Ort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Wir sehen alle Formen des Zusammenlebens als gleichwertig an und integrieren sie in unsere familienpolitischen Vorstellungen. Die Unterstützung der pflegenden Angehörigen ist noch lange nicht ausgereizt. Für äußerst kontraproduktiv halten wir die Kürzungen bei der Kurzzeitpflege und fordern die Landesregierung auf, diese zurückzunehmen. Durch das Streichen einer relativ geringen Summe werden die Angehörigen ambulanter Patienten unzumutbar belastet.

Zu Frage 8: Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

Stadtteilzentren bieten eine gute Gelegenheit generationenübergreifende Zusammengehörigkeit zu schaffen. Unter dem Motto „Miteinander und füreinander“ ist es unser Ziel, die Bewohnerinnen und Bewohner in den einzelnen Stadtteilen in den Mittelpunkt zu stellen. Auf dieser Grundlage wollen wir die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den bereits in vielfältiger Form vorhandenen Institutionen ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Hierdurch wollen wir wohnortnahe Angebote für Jung und Alt bereitstellen.

Zu Frage 9: Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

Die Freiwilligenagentur „ehrensache“ leistet bereits seit vielen Jahren hervorragende Arbeit im Bereich des Freiwilligen Engagements. Die SPD unterstützt nicht nur das Engagement für die ältere Generation. Wir

wollen auch den Ausbau der Möglichkeiten, freiwilliges Engagement zu leisten. Viele „junge“ Rentner sind gern bereit, gemeinnützige Aufgaben zu übernehmen. Sie benötigen dafür entsprechende Rahmenbedingungen.

Zu Frage 10: Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospiz-Angebote ausgebaut werden?

Nach unserer Auffassung wird es Aufgabe des noch zu installierenden Stabsstelle „Alter“ sein, den Bedarf zu ermitteln und der Politik Anregungen zu geben.

Zu Frage 11: Der Um- und Ausbau sogenannter Demenzstationen liegt auch in kommunaler Verantwortung. Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte einsetzen?

Die Einrichtung so genannter Demenzstationen bzw. Planung und Umsetzung von Konzepten obliegt den Trägern der Einrichtung. Politisch werden wir dort wo es notwendig ist, gute und innovative Konzepte unterstützen.

Zu Frage 12: Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

Die SPD fordert in allen Bereichen der Arbeitswelt gerechte und tarifentlohnte Bezahlung. Wir wissen, dass die schwere und verantwortungsvolle Arbeit in der Pflege nicht entsprechend entlohnt wird. Dieses ist jedoch nicht Aufgabe der Kommune. Wir wissen und kämpfen gemeinsam an der Seite der AWO für eine bessere finanzielle Grundlage, damit die Einrichtungen zukunftssicher und qualitativ hochwertige Arbeit anbieten können. Wir wollen ein bundeseinheitliches Verfahren zur Ermittlung der Pflegesätze inkl. der tariflich erforderlichen Personalkosten. Maßstab muss die Bedürftigkeit des Bewohners/der Bewohnerin sein, d.h. „was braucht der Mensch“, erst dann müssen daraus die Kosten ermittelt werden. Diese Erwartung entspricht dem angedachten neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der endlich festgeschrieben werden muss.

Zu Frage 13: Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

Nach Berechnungen der SPD-Fraktion dürfte das Ende des Schulgeldes für alle drei Ausbildungsjahrgänge insgesamt rund sechs Millionen Euro kosten. Dieses Geld muss aufgebracht werden. Wir fordern seit Jahren die Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschüler/innen und eine Ausbildungsumlage zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Pflegeeinrichtungen.

Zu Frage 14: Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

Die Seniorenbeiräte leisten sehr gute Arbeit. Sie nehmen ihre Verantwortung zwischen Bevölkerung und Politik verantwortungsvoll wahr. Für eine gute, ansprechende und zukunftsweisende Seniorenarbeit ist ein Zusammenwirken von Politik und Interessenvertretung notwendig. Die SPD fordert neben der Einrichtung einer kommunalen zentralen Anlaufstelle „Seniorenservicebüro“ auch die Einrichtung einer Stabsstelle „Alter“. Dies wird die Bedeutung bestehender und noch zu entwickelnder Netzwerke im Seniorenbereich stärken.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Schreiben unsere Politik näher gebracht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.
Jürgen Krogmann, MdL
Vorsitzender der SPD Oldenburg



Zu 1. Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

Ja, wie folgt:

„Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Der Anteil älterer Menschen in unserem Land wird weiter steigen. Insbesondere die Anpassung der sozialen Infrastruktur an diesen demographischen Wandel in den Städten und Gemeinden ist eine enorme politische Herausforderung. Dazu gehören gesicherte Bedingungen für das Wohnen, die Mobilität und die Versorgung älterer Menschen.

Die SPD-Wesermarsch setzt sich ein, für:

den Bau barrierefreier Wohnungen in Kooperation mit der Wohnungsbau Wesermarsch die Förderung und Unterstützung neuer Gemeinschafts- und Mehrgenerationen-Wohnformen.

Einen gezielten Mitteleinsatz für altersgerechtes Wohnen und ein seniorenfreundliches Wohnumfeld bei der Fortsetzung von Umbauprozessen in den Städten und Gemeinden Eine aktive Seniorenarbeit. Wir wollen ältere Menschen darin bestärken, sich bürgerschaftlich zu organisieren und ihre Erfahrungen und Kompetenzen für das Gemeinwesen einzubringen. Wir unterstützen deshalb die Arbeit eines Seniorenbeirates.“

Zu 2. Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?

Siehe 1

Wir unterstützen zudem auch das Mehrgenerationenhaus in Nordenham, das generationenübergreifende Angebote macht, und setzen uns für generationenübergreifende Wohnformen ein.

Zu 3. Mehr als die Hälfte der Menschen wohnt in Ein- bis Zweifamilienhäusern. Bei der demographischen Entwicklung ist abzusehen, dass künftig vermehrt 1-2 Personen in großen Häusern und Wohnungen leben müssen. Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?

Ja die Konzepte existieren in den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften (z. B. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Nordenham) in der Wesermarsch, in deren Gremien Mitglieder der SPD-Fraktionen jeweils vertreten sind und sich für neue Wohn- und Lebensformen und barrierefreien sowie bezahlbaren Wohnraum einsetzen.

Zu 4. Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?

Die SPD-Wesermarsch setzt sich ein, für:

- Die Schaffung neuer Bahnhaltdepunkte (z. Bsp. Jaderberg)
- Den zügigen und barrierefreien Umbaus der vorhandenen Haltepunkte
- Eine weitere Verbesserung des ÖPNV im gesamten Landkreis

Zu 5. Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?

Wir setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten in den jeweiligen Kommunen und im Landkreis ein. In diesem Gremium können Strukturen entwickelt und verbessert werden. Außerdem setzen wir uns für die Einrichtung von Seniorenbüros in den Kommunen unseres Landkreises ein.

Zu 6. Welche Konzepte entwickelt Ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

Die SPD-Wesermarsch setzt sich für ein selbstbestimmtes Leben für Senioren ein und solange wie möglich ein selbstständiges Wohnen, möglichst in Wohngemeinschaften. Die SPD-Wesermarsch setzt sich dafür ein, dass der Respekt vor der Unabhängigkeit älterer Menschen gelebt wird.

Zu 7. Viele Familienmitglieder kümmern sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen und sind nicht selten damit überfordert. Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

Die SPD-Wesermarsch unterstützt die gesellschaftliche Anerkennung für pflegende Angehörige und setzt sich für einen höheren Leistungsanspruch aus der Pflegeversicherung ein. Wir sind für einen Anspruch auf Freistellung von pflegenden Arbeitnehmern sowie für einen Anspruch auf Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für pflegende Angehörige.

Zu 8. In modernen Gesellschaften leben die Generationen überwiegend getrennt. Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

Siehe 3.

Zu 9. Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

Die SPD-Wesermarsch setzt sich in diesem Zusammenhang für die Einrichtung von Senioren- und Behindertenbeiräten im Landkreis Wesermarsch ein. Außerdem ist in den Stadt- und Gemeinderäten aus Sicht der SPD-Wesermarsch darauf zu achten, dass bei Entscheidungen, die getroffen werden, auch die Belange von hilfsbedürftigen Menschen und Familien berücksichtigt worden sind.

Zu 10. Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?

Die SPD-Wesermarsch hat sich immer für eine ausreichende haus- und fachärztliche Versorgung, Prävention sowie die geriatrische Versorgung und die Hospizangebote eingesetzt. Der Landkreis Wesermarsch ist daher verbesserungsfähig, verfügt aber bereits über viele Hospiz- bzw. auch geriatrische Angebote.

Zu 11. Wir wissen, dass die Zahl der demenziell erkrankten Personen zunehmen wird. Der Mehraufwand, der bei der medizinischen Versorgung demenzerkrankter Patienten entsteht, muss angemessen finanziert werden. Der Um- und Ausbau so genannter Demenzstationen liegt auch in kommunaler Verantwortung. Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte einsetzen?

Die SPD-Wesermarsch hat sich im Kreistag Wesermarsch und in den Stadt- und Gemeinderäten bereits für „moderne“ Konzepte diesbezüglich eingesetzt. So sind viele Einrichtungen in der Geriatrie und im Bereich demenzkranker Menschen erst vor einiger Zeit entstanden im Landkreis Wesermarsch. Die SPD-Wesermarsch unterstützt solche Vorhaben in ihren Entscheidungen im Kreistag und in den Stadt- und Gemeinderäten.

Zu 12. Zu den Folgen zählen ein zunehmender Fachkräftemangel und die mangelnde Wertschätzung der geleisteten Pflegearbeit. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

Wir wertschätzen die Arbeit der geleisteten Pflegearbeit und setzen für höhere Gehälter im Pflegebereich ein. Die SPD-Wesermarsch setzt sich daher für die Bezahlung von Tariflöhnen in der Pflege ein.

Jedoch sehen wir auf Bundesebene Besorgnis erregende Bestrebungen, immer mehr Leistungen in der Pflege zu privatisieren. Nach der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, der Einführung einer Kopfpauschale und der möglichen Vorauskasse beim Arzt plant die derzeitige Bundesregierung die nächste Belastung: Sie will die Beiträge für die Pflegeversicherung erhöhen und es soll eine private Zusatzversicherung eingeführt werden. Das ist unsozial und wir sind dazu in ständigem Kontakt mit der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD-Wesermarsch setzt sich dagegen für die Erhaltung der Solidarität und Parität im Sinne einer solidarischen Lastenverteilung ein und fordert die Einführung einer „Pflege-Bürgerversicherung“, bei der alle Einkommensarten berücksichtigt werden und jeder nach seiner finanziellen Stärke solidarisch einbezahlt.

Zu 13. Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

Die SPD-Wesermarsch setzt sich für ein Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen in der Altenpflege ein und dafür, Altenpflegeschüler/-innen vom Schulgeld zu befreien.

Es gibt einen dramatisch steigenden Bedarf an Pflegekräften im stationären und im ambulanten Bereich der Altenpflege. Es muss Schluss damit sein, dass Betriebe, die sich nicht an der Altenpflegeausbildung beteiligen, auch noch Profit daraus schlagen. Laut Landespflegebericht steigt der Bedarf an gut ausgebildeten Altenpflegerinnen und -pflegern in Niedersachsen bis 2020 um bis zu 22 Prozent, bis 2050 sogar um 75 Prozent.

Zu 14. Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im

Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

Die SPD-Wesermarsch setzt sich in Ihren Stadt- bzw. Gemeinderäten und in der Kreistagsfraktion dafür ein, schon vor der Entscheidungsfindung alle „Betroffenen“ einzubeziehen. Das gilt auch für die Seniorenbeiräte. Nur so ist eine gute Partizipation möglich. Diese Vorgehensweise soll auch so weitergegangen werden.

Die SPD-Wesermarsch hat z. B. eine aktive AG 60 plus, in der sich Senioren aktiv miteinbringen und politisch mitdiskutieren.



An

Westerstede, 28. August 2011

Frage 1:

Der SPD Kreisverband Ammerland hat sich in den letzten Monaten zwei Mal zu einer „Zukunftskonferenz“ getroffen. Ziel war es, die sozialdemokratischen Forderungen und Prioritäten für die Entwicklung des Ammerlandes zu erarbeiten.

Ein Schwerpunktthema war die demographische Entwicklung und die daraus folgenden neuen Anforderungen auch an die Seniorenpolitik. Folgende zentrale Forderungen sind dabei entstanden und auch in die Wahlprogramme eingeflossen:

- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs z.B. durch Anrufbusse
- Schaffung barrierefreier Zugänge öffentlicher Einrichtungen
- Schaffung altersgerechter Freizeitangebote
- Errichtung zentral gelegener Bürgerbegegnungsstätten
- Installierung ausreichender Sitzgelegenheiten in Wohngebieten und Zentren
- Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum
- Förderung von altersgerechten, barrierefreien Wohnungen
- Ausbau der Pflegeberatung (diese umfassend, wohnortnah und trägerneutral)
- Ermöglichung von Tagespflege im Ammerland
- Unterstützung der Initiative Daheim statt Heim
- Ausbau der Senioren-Servicebüros

Zusammenfassend streben wir danach, dass alle Menschen in Würde alt werden können.

Frage 2:

Die Antwort ergibt sich maßgeblich aus der Umsetzung der o.g. Forderungen. Wir legen hierbei Wert darauf, dass keine Generation überbevorteilt bzw. benachteiligt wird. Es muss Ziel unseres Handelns sein, die Potentiale eines jeden zu nutzen. Hierbei steht auch die Begegnung der Generationen im Mittelpunkt. Wir werden uns daher auch verstärkt für Begegnungszentren einsetzen.

Frage 3:

In einigen Ortsvereinen werden bereits neue Lösungswege, wie beispielsweise Quartierslösungen diskutiert. Der Kreisverband hat sich vorgenommen im ersten Quartal des nächsten Jahres intensiv in die Diskussion einzusteigen. Uns ist bewusst, dass im Ammerland über 80% der Menschen im Eigenheim leben

und damit eine große Herausforderung auf uns zukommt. Für uns steht hierbei die Wahlfreiheit im Mittelpunkt. Wir wollen, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie sie ihren Lebensabend verbringen wollen.

Frage 4:

„[Wir brauchen] neue Bahnhaltstellen in Apen und Hahn-Lehmden und eine Regio-S-Bahn, die bis Augustfehn fährt. Ebenso sind neue benutzerorientierte ÖPNV-Angebote wie Anruf- und Bürgerbus zu forcieren.“

SPD- Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2011

Der Ausbau des Personennahverkehrs muss oberste Priorität in einem Flächenlandkreis, wie dem Ammerland haben. Nur wenn alle Behörden und Einrichtungen gut erreichbar sind, können wir von wirklicher Barrierefreiheit auch für ältere MitbürgerInnen sprechen. Unsere Einwohner dürfen nicht abhängig von einem eigenen PKW sein. Wir unterstützen daher die Konzepte der Anruf- und Bürgerbusse und werden uns in den Gremien für eine weitere Förderung einsetzen.

Bei der Fortschreibung der Einzelhandelskonzepte und der Ausweisung von altengerechtem Wohnraum ist darauf zu achten, dass beides im Einklang miteinander verläuft. Sprich: es dürfen keine langen Wege bis zu den nächsten Einrichtungen der täglichen Daseinsvorsorge liegen.

Frage 5:

Die Sozialdemokratie im Ammerland lebt auch von ihrer Vernetzung zu den Seniorenbeiräten. Wir werden auch weiterhin vor Ort im Dialog nach Ideen, Möglichkeiten und Wegen suchen, um ein attraktives Angebot für die ältere Generation zu schaffen. Wir planen ebenfalls für das erste Quartal 2012 eine Konferenz mit den organisierten SeniorenvertreterInnen.

Frage 6:

Kein Mensch soll, besonders nicht im Alter, sozial isoliert leben müssen. Bereits heute haben wir in einigen Gemeinden Begegnungshäuser und auch die Angebote z.B. der Seniorenbeiräte erfahren nachhaltig großen Zuspruch. Wir müssen hier noch stärker die Gremien fördern und niedrigschwellige Angebote schaffen.

Frage 7:

Die Pflege von Familienangehörigen ist zumeist mit einer großen psychischen Belastung verbunden. Wir müssen hier noch mehr Angebote zur Unterstützung, Beratung etc. schaffen. Ferner müssen die Möglichkeiten und Förderungen der Kurzzeitpflege ausgebaut werden. Der SPD Kreisverband Ammerland unterstützt die Initiative Daheim statt Heim. Uns ist aber wichtig, dass die Betroffenen frei wählen können, ob sie lieber zuhause oder stationär gepflegt werden wollen.

Frage 8:

Das Miteinander der Generationen beginnt bereits mit der Baupolitik. Wir müssen unsere bestehenden Ortskerne sichern und attraktiv auch für junge Familien machen. Daneben brauchen wir auch in Neubaugebieten barrierefreies Wohnen. Allein durch die nachbarschaftliche Nähe wird sich ein

Miteinander einstellen. Darüber hinaus werden wir auch unsere Generationenbegegnungshäuser weiter stärken.

Frage 9:

Viele Menschen engagieren sich freiwillig. Dieses Engagement gilt es auch in Zukunft angemessen zu würdigen und seine Wichtigkeit für das gesellschaftliche Zusammenleben zu betonen. Jedoch gibt es auch in diesem Bereich noch viele freie Ressourcen. Gerade viele (Jung-) RenterInnen haben Lust noch etwas zu bewegen und sich einzubringen. Dieses Potential müssen wir nutzen, getreu unserem Wahlplakat: „Generationen verbinden. Potentiale nutzen.“.

Frage 10:

Gerade auf dem Lande haben wir teilweise große Sorge was die perspektivische Versorgung mit Fach- und Hausärzten angeht. Wir müssen das Ammerland attraktiv für Neuansiedlungen von Ärzten machen. Das bekommen wir zunächst über ein positives Image unserer Gemeinde hin.

Das Hospiz in Westerstede haben wir immer gefördert, aber auch die ambulante Sterbebegleitung hat bei uns hohen Stellenwert.

Frage 11:

Wir werden verstärkt den Dialog mit Trägern solcher Einrichtungen suchen und innovative und gute Projekte mit forcieren. Das können wir durch eine aktive Baulandpolitik mit fördern.

Frage 12:

Die SPD Ammerland tritt für tarifliche Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Niedersachsen braucht endlich angemessene Pflegesätze. Wir werden uns durch unsere Vertreterinnen und Vertreter auch in Zukunft dafür stark machen. Die Pflegekräfte brauchen eine gute Bezahlung, dafür brauchen die Einrichtungen aber auch entsprechende Mittel, damit Qualität und Sozialverträglichkeit sichergestellt werden.

Frage 13:

Der SPD Kreisverband Ammerland spricht sich klar für eine Ausbildungsplatzumlage aus. Wer nicht ausbildet, obwohl er es kann, muss sich an anderen Ausbildungen beteiligen.

Frage 14:

Die Vertreterinnen und Vertreter der Senioren brauchen einen festen Platz in den zuständigen Fachausschüssen auf allen Ebenen. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft einen noch engeren Dialog mit der organisierten Seniorenschaft pflegen (siehe oben).

Für den Vorstand der SPD Ammerland

Dennis Rohde

Kreisverbandsvorsitzender

SPD Kreisverband Ammerland
Lieslandstraße 11
31854 Westerstede

Telefon: 05131 - 983360
Fax: 05131 - 983361
E-Mail: buero@spd-ammerland.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Mo, Di, Do, Fr: 9 - 17 Uhr
Do, 15 - 18 Uhr



Wahlprüfsteine des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems zur Kommunalwahl 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für Ihr Interesse an der Kommunalpolitik in Delmenhorst.

Der Bitte um Beantwortung zu den Fragen der AWO-Wahlprüfsteine kommen wir gerne nach. Bei einigen Fragen sind auch überörtliche Zuständigkeiten gegeben, wir bitten um Verständnis, wenn wir uns bei der Beantwortung auf kommunale Zuständigkeiten beschränken. Die Positionen der Bundes- und Landes-SPD werden von uns getragen.

Die derzeit enge Kassenlage der Stadt Delmenhorst erfordert kreatives Denken, Notwendigkeiten, Wünsche und Machbarkeit müssen miteinander vereinbart werden. Vorrang hat die Sicherung und Weiterentwicklung vorhandener Maßnahmen, sofern deren Notwendigkeit weiter festgestellt ist.

Zur Kommunalwahl 2011 hat die SPD Delmenhorst ein Wahlprogramm verabschiedet und auch im Internet unter der nachstehenden Adresse veröffentlicht:

www.spd-delmenhorst.de/kommunalwahl-2011/kommunalwahlprogramm-2011/

Vertiefende Aussagen zu den Fragestellungen bitten wir dort nachzulesen, insbesondere unter der Überschrift „Familien- und Sozialpolitik“ und den jeweiligen Untertiteln.

Antworten zu den einzelnen Fragen :

Frage 1 Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

Im Kommunalwahlprogramm sind umfangreiche Aussagen zur Seniorenpolitik enthalten (siehe Internet).

Frage 2 Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?

Bereits 2007 hat die SPD-Fraktion Delmenhorst einen Antrag eingebracht, die Folgen des demografischen Wandels zu untersuchen und Konzepte für kurz- mittel- und langfristige Maßnahmen zu erarbeiten. Seitens der Verwaltung wurden daraufhin zwischenzeitlich einige Klausurtagungen zur Thematik durchgeführt und dem Rat berichtet. Die Ergebnisse fließen ein in die gesamte Stadtentwicklungsplanung (z.B. Kindergarten- und Schulentwicklungsplanung sowie Bauleitplanungen). Die SPD wird diesen ständigen Prozess intensiv weiter begleiten und fördern. Im Wahlprogramm finden sich viele Vorhaben für die verschiedenen Generationen wieder.

Frage 3 Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?

Ein „Runder Tisch Immobilienwirtschaft“ unter maßgeblicher Beteiligung der Stadt bündelt und tauscht Informationen über vorhandene Angebote und Nachfragen aus, z.B. über barrierefreien Wohnraum.

Die GSG als städtische Tochter plant derzeit neue Wohnprojekte und soll im Bestand Umbauten zu altersgerechten und barrierefreien Wohnungen vornehmen. Aber auch Privatinitiativen zur Schaffung barrierefreien und / oder generationsübergreifender Wohnformen werden begrüßt und sind planerisch zu unterstützen

Das neu eingerichtete Seniorenservicebüro bietet Wohnraumberatung an, um einen Verbleib in der eigenen Wohnung auch bei eingeschränkter Beweglichkeit zu ermöglichen, die Seniorenberatung der Stadt berät und hilft ebenfalls beim Verbleib im bisherigen Wohnumfeld.

Die Umgestaltung von Wohnquartieren, wenn nach Auszug der Kinder für die älter gewordenen Eltern die Wohnungen bzw. Häuser zu groß geworden sind, sehen wir als Herausforderungen an, die wir unterstützen wollen.

Überdies gibt es bereits Angebote des Betreuten Wohnens und des Service-Wohnens in Delmenhorst, beispielsweise bei der AWO und der Delmenhorster Heimstiftung.

Frage 4 Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?

Der ÖPNV in der Stadt (Delbus) ist gut aufgestellt, wenngleich bedarfsgerechte Verbesserungen auch zu ermöglichen sind. Die Vorschläge des Seniorenbeirates und des Behindertenbeirates sind entsprechend aufzugreifen.

Wohnungsbaugesellschaften sollen ihren Mietern Zugang zu Service und Betreuung anbieten, um einen möglichst langen Verbleib in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Das Seniorenservicebüro ist bedarfsgerecht weiter auszubauen, es vermittelt sowohl Dienstleistungen durch gemeinwirtschaftliche Organisationen und Privatanbieter als auch ehrenamtliche Helfer nach vorheriger Schulung.

Im Innenstadtbereich besteht derzeit kein Lebensmitteleinzelhandel, diese Lücke ist baldmöglichst zu schließen, um das Wohnen in der Innenstadt wieder attraktiver zu machen.

Frage 5 Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?

Mit dem AWO-Gemeinschaftszentrum besteht eine Begegnungsstätte mit Angeboten für Senioren und junge Menschen, das gilt es ebenso zu sichern wie die ehrenamtlich geführte Stätte der Begegnung mit Angeboten hauptsächlich für Senioren und Zurverfügungstellung von Räumen für Selbsthilfegruppen..

Die Angebote der Volkshochschule für Senioren sind ggf. weiter auszubauen.

Die Einrichtung von Seniorenaktivplätzen mit seniorenrechtlichen Fitnessgeräten im öffentlichen Raum als Idee des Seniorenbeirates wird unterstützt.

Frage 6 Welche Konzepte entwickelt Ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

Die bestehenden Altentagesstätten der Kirchen und Wohlfahrtsverbände sind zu erhalten, denn sie sind wichtige Bausteine gegen soziale Isolation.

Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren können ebenfalls wichtige Bausteine sein und sind entsprechend zu konzeptionieren und einzurichten.

Ein wichtiges Element ist der Vertrag zwischen der Stadt und der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zur Sicherung verschiedener Angebote, von Essensdiensten über Beratung bis zur offenen Altenhilfe.

Die Altenhilfe der Stadt mit ihrer zugehenden Beratung (wenn sie Kenntnis von Problemlagen erhält) wirkt ebenfalls der sozialen Vereinsamung entgegen.

Das Schaar-Haus steht für Selbsthilfegruppen zur Verfügung, Senioren sind häufig dort aktiv.

Frage 7 Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

Mit der Tagespflege wurde 2000 ein erster Baustein geschaffen, eine weitere wurde kürzlich eröffnet, diese Infrastruktur gilt es zu festigen (auskömmliche Pflegesätze). Die Pflegeberatung durch die Altenhilfe der Stadt sowie durch die ambulant tätigen Sozialstationen und Pflegediensten in Verbindung mit Schulungen pflegender Angehöriger sind weiterhin notwendig.

Frage 8 Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

Für ein Mehrgenerationenhaus in Delmenhorst ist ein Antrag an das Land gestellt, der von der SPD begrüßt wird.

Frage 9 Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

Das kürzlich eingerichtete Seniorenservicebüro im Hause der AWO erfüllt diese Aufgaben.

Frage 10 Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?

Die gerontopsychiatrische Fachgruppe innerhalb des sozialpsychiatrischen Verbundes Delmenhorst benennt Bedarfe und stimmt Angebote ab.

Im Klinikum Delmenhorst besteht bereits eine Palliativstation mit einem auch überregional nachgefragten Schmerztherapieangebot.

Ein ambulanter palliativmedizinischer Dienst wird im Wahlprogramm gefordert und befindet sich bereits im Aufbau.

Medizinische Versorgungszentren an beiden Kliniken mit abgestimmten Fachrichtungen sollen das Angebot niedergelassener Ärzte ergänzen.

Den Ausbau und die Weiterentwicklung der Abteilung für Schlaganfallpatienten – Stroke Unit – unterstützen wir.

Die stationäre Behandlung gerontopsychiatrisch erkrankte Patienten findet derzeit in Wehnen (bei Oldenburg) oder Bremen statt. Ein spezielles Angebot sollte in einer Delmenhorster Klinik geschaffen werden.

Frage 11 Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte für die Versorgung demenzerkrankter Patienteneinsetzen?

Spezielle Angebote sind sowohl in ambulanten Diensten als auch in Pflegeheimen einzurichten.

Frage 12 Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

Die Tariflöhne der Trägergesellschaften sind auch von der Stadt Delmenhorst anzuerkennen und bei der Bildung von Preisen zu berücksichtigen. Wir werden bei der Verwaltung auf Einhaltung drängen, der Unterbezirk hat dieses kürzlich beschlossen.

Frage 13 Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

Da bisher nur wenige ambulante Pflegedienste ausbilden, ist eine Beteiligung an den Kosten dringend geboten, um Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

Dass Auszubildende in der Altenpflege im Gegensatz zu Krankenpflegeschülern in vielen Fällen Schulgeld zu zahlen haben, ist nicht länger hinnehmbar.

Frage 14 Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

Seniorenbeirat und Behindertenbeirat haben in Delmenhorst eine beratende Mitwirkung in allen Fachausschüssen des Rates. Ein Stimmrecht ist derzeit nicht vorgesehen.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 Plus ist beratend in die Fraktionsarbeit eingebunden und ist oftmals Bindeglied zwischen Seniorenbeirat und SPD-Fraktion.

Delmenhorst, im August 2011

gez.

Detlef Roß

Unterbezirksvorsitzender

CDUKreisverband
DelmenhorstMühlenstrasse 14
27753 Delmenhorst
Telefon (04221) 9175-0
Telefax (04221) 9175-32
E-Mail: CDU-Delmenhorst@T-Online.de
www.CDU-Delmenhorst.de

CDU Kreisverband Delmenhorst, Mühlenstrasse 14, 27753 Delmenhorst

19. August 2011

AWO
Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Klingenbergstraße 73

26133 Oldenburg

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Behrens,

wie gewünscht übersende ich Ihnen die Antworten der CDU Delmenhorst zu Ihren Fragen vom 27.07.2011 bezüglich der „Wahlprüfsteine“.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Lampe
CDU Delmenhorst

1.

Ihre Fragen gehen zum Teil deutlich über den Bereich der Kommunalpolitik hinaus. Ich verweise deshalb insbesondere auf die bundes- und landespolitische Ebene. Dort greift die CDU das Thema Seniorenpolitik in allen Programmen und Anträgen immer wieder auf. Selbstverständlich finden Sie entsprechende Passagen im Bundesstatut und im Grundsatzprogramm der CDU.

2.

In der Stadt Delmenhorst werden schon heute Anstrengungen unternommen, die Stadt für alle Generationen attraktiv zu machen. Ich verweise hier auf das gerade eröffnete Familienzentrum in der „Villa“. Leider konnte ein generationenübergreifendes Projekt im Rahmen des Bebauungsplanes 286 zwischen Richtstrasse und Welsestrasse nicht verwirklicht werden.

Beide Projekte wurden von der CDU im Rat der Stadt Delmenhorst uneingeschränkt unterstützt.

Die CDU in Delmenhorst wird auch in Zukunft derartigen Vorhaben und Einrichtungen unterstützen.

3.

Die Stadt Delmenhorst hat umfangreiche Untersuchungen zur demographischen Entwicklung durchgeführt und in ein strategisches Konzept eingearbeitet. Die Umsetzung dieses Konzeptes wird von der CDU in Delmenhorst konstruktiv begleitet werden.

4.

Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sind nach Ansicht der CDU in Delmenhorst sichergestellt. Auftretende Probleme sind in diesem Bereich in erster Linie durch Verwaltung und Betreiber zu lösen. Hier verweise ich auf die immer wiederkehrenden Probleme mit dem Aufzug im Delmenhorster Bahnhof. Sollten grundsätzliche neue Konzepte erforderlich werden, ist die CDU selbstverständlich bereit, mitzuarbeiten. Gravierende Änderungen im Bereich des ÖPNV werden derzeit nicht für erforderlich erachtet.

5.

Durch das Bürgerbüro der Stadt Delmenhorst und das neue Familienzentrum haben die Senioren Anlaufstellen, die in allen Fragen hilfreich zur Verfügung stehen. Wie bereits unter 2. beantwortet, wird die CDU weitere Einrichtungen dieser Art unterstützen. Viele Aufgaben im Bereich der Kultur, der Bildung und im Sport werden bereits durch Vereine und andere Einrichtungen (z.B. Kulturbüro, Konzert- und Theaterdirektion, VHS) wahrgenommen.

6.

Die Konzepte sind bereits vorhanden. So lange es geht, sollten die vorhandenen familiären Strukturen erhalten und für das generationenübergreifende Zusammenleben genutzt werden, denn jeder fühlt sich in der Familie und der bekannten Umgebung am wohlsten. Ergänzend dazu unterstützen wir karitative Einrichtungen und ehrenamtlich Tätige, die sich dafür einsetzen, dass es eben nicht zu einer sozialen Isolation kommt.

7.

Familienmitglieder, die ihre Angehörigen pflegen, sind zu fördern, weil sie damit der Gesellschaft einen wichtigen Dienst leisten, nicht nur finanziell, sondern auch sozial. In regelmäßigen Abständen brauchen Sie Entlastung, um sich auch mal um sich selbst kümmern zu können. Die vorhandenen Konzepte sind gut, aber auch ausbaufähig.

8.

Projekte des Generationen übergreifenden Wohnens werden von uns unterstützt. Insbesondere verweise ich hier auf die von Ministerin Ursula von der Leyen unterstützten Mehrgenerationenhäuser. Leider konnte, wie oben erwähnt, ein privates Projekt in Delmenhorst nicht realisiert werden.

9.

Das freiwillige soziale Jahr, der Bundesfreiwilligendienst, das alles sind Modelle die vorhanden sind bzw. sich etablieren müssen. Ob es sinnvoll ist, hier auf Ebene der Stadt zusätzlich tätig zu werden, neben den vielen bereits vorhandenen Hilfsangeboten, muss abgewartet werden.

10.

Die Bundesregierung stellt gerade in diesen Tagen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Lande vor. Dieser Ansatz muss zunächst geprüft werden. In Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung und den zuständigen Vereinigungen muss dafür gesorgt werden, dass die ärztliche Versorgung auch in unserer Stadt in allen Bereichen sichergestellt ist. Zunächst sind jedoch Verwaltung und die betreffenden Einrichtungen für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung verantwortlich. Dazu gehören natürlich auch die Hospiz- und Palliativangebote. Sollte es zu gravierenden Problemen im Bereich der ärztlichen Versorgung kommen, wird sich die CDU in

Delmenhorst einer konstruktiven Mitarbeit zur Lösung der Probleme nicht verschließen. Die Versorgung (auch mit ärztlichem Fachpersonal) wird sich im Zuge des Ausbaus der European Medical School (EMS) und der Zusammenarbeit der EMS mit den Krankenhäusern im gesamten Oldenburger Land noch weiter verbessern.

11.

Für die Versorgung demenziell erkrankter Personen werden wir in Zukunft deutlich mehr Plätze brauchen. Wir werden uns daher für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten einsetzen.

12.

Wir setzen uns für eine angemessene Entlohnung der Fachkräfte in der Pflege ein.

13.

Alle Einrichtungen haben ein großes Interesse an einem gut ausgebildeten Nachwuchs und sollten sich daher in dieser Richtung engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass geeignete gesetzliche Maßnahmen die Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Nachwuchskräften sicherstellen.

14.

Durch den Seniorenbeirat ist sichergestellt, dass die Senioren in Delmenhorst ein offenes Ohr für ihre Probleme finden. Die Mitglieder des Seniorenbeirates sind durch ihre Sitze in allen Fachausschüssen bei den Entscheidungen der Ausschüsse und somit auch des Rates direkt eingebunden.

Betreff:

AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V. – Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2011

1.) Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

Ein Extra-Senioren-Programm gibt es für Kommunalwahl der FDP-Delmenhorst nicht, jedoch sind in dem FDP-Arbeitsprogramm 2011 – 2016 für die kommunale Seniorenpolitik in Delmenhorst einzelne Zielbereiche genannt! Weiterhin gibt es im FDP-Landesprogramm für die Kommunalwahl Bereiche für die Seniorenpolitik, so wie sie auf Kommunalebene überhaupt gefördert bzw. beeinflusst werden kann. Darüber hinaus sind die meisten Regelungen im Seniorenbereich steuerbar nur auf Landes- oder Bundesebene. Hier gibt es ausführliche Zielvorstellungen der Liberalen für eine Seniorenpolitik, die natürlich auch von der jeweiligen Kreisebene unterstützt bzw. verfolgt werden, so auch von den Delmenhorster Liberalen. Insofern beziehen sich die weiteren Antworten sowohl auf das Delmenhorster Wahlprogramm als auch auf programmatischen Vorgaben der FDP auf Landes- und Bundesebene. Der jeweilige kommunalpolitische Bezug kann deshalb häufig nur als Ableitung aus den überregionalen Parteiaussagen zu diesem Programmbereich gesehen werden. Diese werden von der Delmenhorster FDP vollinhaltlich mit getragen.

Im einzelnen antwortet die FDP Delmenhorst wie folgt:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Seniorenpolitik auf die Bedürfnisse der neuen Generation von Senioren zugeschnitten ist. Ältere Menschen dürfen nicht aufs Abstellgleis geschoben werden. Viele Ältere wollen und können sich länger in Beruf und Gesellschaft einbringen. Eine zentrale Frage lautet daher, wie Senioren länger in die Gesellschaft und das Arbeitsleben eingebunden werden können. Das Ehrenamt spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Seniorenpolitik heißt für die FDP aber auch Sicherstellung einer besseren Pflege und Betreuungsqualität für ältere Menschen. Viele alte Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben. Deshalb müssen auch die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und barrierefreies Wohnen zuhause verbessert werden.

2.) Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend aktiv ist?

In den Städten und Gemeinden haben die Bürger die Freiheit und Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Kommune einzubringen. Gerade vor dem Hintergrund der

Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft – Alterung, demografischer Wandel und Integration – steht auch die Stadt Delmenhorst vor großen Herausforderungen. Gemeinsam mit den Bürgern vor Ort will die FDP gute Lebensbedingungen erarbeiten für Frauen und Männer, für Kinder, Jugendliche, junge Familien und Senioren, für Inländer, Migranten und Ausländer, für Menschen mit und ohne Behinderung. Das Ehrenamt spielt für die liberale Gesellschaft vor Ort eine zentrale Rolle. Wir wollen dieses stärken, bspw. durch eine Ehrenamtsagentur, die als zentraler Ansprechpartner für Fragen und eine Zusammenarbeit in der Verwaltung zur Verfügung stehen. Ebenso ist ein vielfältiges Sportangebot für uns integraler Bestandteil eines lebenswerten Delmenhorst.

Eine lebendige Innenstadt bildet das Zentrum für die gesellschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung einer Stadt. Die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung im Bau- und Verkehrsbereich sind zu stärken und zu berücksichtigen. Die bauliche und infrastrukturelle Weiterentwicklung unserer Stadt braucht aber auch Visionen, die weit über eine Wahlperiode hinausgehen. Umso wichtiger ist es, die Bürger in solch langfristige Planungsprozesse deutlich stärker einzubinden. Offene Dialogveranstaltungen und Bürgerentscheide können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wesentliche Impulse für die Seniorenpolitik gehen von unserem örtlichen Seniorenbeirat aus, den die FDP stützt und weiter entwickeln möchte. Insbesondere da, wo es um die Stärkung einer echten Mitbestimmung geht, die über die bisherige Mitwirkung hinaus geht.

3.) Mehr als die Hälfte der Menschen wohnt in Ein- bis Zweifamilienhäusern. Bei der demografischen Entwicklung ist abzusehen, dass künftig vermehrt 1 – 2 Personen in großen Häusern und Wohnungen leben müssen. Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?

Liberale Politik setzt auf eine individuelle und selbst bestimmte Lebensgestaltung, auch im Alter. Dafür bedarf es einer Infrastruktur, die eine lange eigenständige Lebensführung ermöglicht. Hierzu sind Möglichkeiten des Zusammenlebens der Generationen bei der Wohnungsbauförderung des Landes zu berücksichtigen. Die Stadt Delmenhorst kann dabei nur im beschränkten Maße mitwirken. Die Bauplanung, Wirtschaftförderung und eigene Baugesellschaft (GSG) der Stadt sollen jedoch verstärkt auf eine Förderung des Mehrgenerationenwohnens und des Baues altengerechter Wohnung vor allem im Innenstadtbereich hinwirken.

4.) Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Sie ist die zentrale Voraussetzung für individuelle Freiheit und Lebensqualität. Aufgabe der Stadt Delmenhorst ist es daher, im Rahmen der Förderung des ÖPNV (DELBUS) dieses auch für die Senioren zu gewährleisten. Der Netzplan und die Haltestellen sind insbesondere im Innenstadtbereich an den Bedürfnissen der Senioren auszurichten.

Die FDP lehnt jedoch eine Bevormundung der Bürger bei der Wahl ihres Verkehrsmittels ab. Vielmehr muss der Ausbau der Verkehrswege frei von ideologischen Vorbehalten geschehen. Liberale Verkehrspolitik bevorzugt nicht einzelne Verkehrsträger, sondern vernetzt diese optimal miteinander.

5.) Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?

Gemeinsam mit den Bürgern vor Ort wollen wir gute Lebensbedingungen für alle Bürger erarbeiten für. Eine liberale Bürgergesellschaft vor Ort steht für die volle Anerkennung jedes Menschen, jeglichen Alters und Herkunft und der von ihnen gewählten Lebensform, für ein faires Miteinander der Generationen und der Teilhabe der Menschen jeder Altersstufe an allen wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen.

Kultur-, Bildungs-, Sport und Beratungsangebote sollen daher für alle Bürger zugänglich sein.

6.) Welche Konzepte entwickelt Ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

Wir wollen ein eigenverantwortliches und solidarisches Miteinander in der Gesellschaft. Die Familie bleibt dabei das Fundament unserer gesellschaftlichen Entwicklung, deren wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit wir auch zukünftig stärken werden.

Siehe hierzu auch Antworten zu 2.), 4.) und 5.).

7.) Viele Familienmitglieder kümmern sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen und sind nicht selten damit überfordert. Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

Die FDP setzt sich für eine bessere Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen ein. Die Pflegebedürftigkeit von Angehörigen stellt Familien und Angehörige vor große Herausforderungen. Ebenso stellt die Zunahme pflegebedürftiger Menschen die Kommunen vor große Herausforderungen.

Die Stadt Delmenhorst sollte daher in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Altenhilfe und Seniorenbetreuung mit Übersichten über die vorhandenen Wohn- und Betreuungsangebote, einer besseren Vernetzung von Betreuungsangeboten sowie durch Angebote zur Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflege die betroffenen Familien unterstützen.

8.) In modernen Gesellschaften leben die Generationen überwiegend getrennt. Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

Siehe hierzu Antworten zu 2.), 4.), 5.) und 6.).

9.) Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

Das Ehrenamt spielt für uns Liberale vor Ort eine zentrale Rolle. Wir wollen dieses stärken, bspw. durch eine Ehrenamtsagentur, die als zentraler Ansprechpartner für Fragen und eine Zusammenarbeit in der Verwaltung zur Verfügung steht.

Siehe hierzu auch Antwort auf Frage 7.).

10.) Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?

Der demografische Wandel lässt eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in ländlichen Regionen zu einer großen Herausforderung werden. Daher halten wir eine Kombination von Maßnahmen für erforderlich, um den Arztberuf allgemein und insbesondere die Niederlassung in von Unterversorgung bedrohten Gebieten attraktiver zu gestalten.

Die Versorgung schwerstkranker Menschen in Delmenhorst ist bereits durch die Bemühungen der niedergelassenen Ärzte, der beiden Krankenhäuser, der Delmenhorster Heimstiftung und der vielfältigen freien Träger gut gesichert und sollte auch weiterhin gemäß der finanziellen Rahmenbedingungen durch die Stadt Delmenhorst gefördert werden.

11.) Wir wissen, dass die Zahl der demenziell erkrankten Personen zunehmen wird. Der Mehraufwand, der bei der medizinischen Versorgung demenzerkrankter Patienten entsteht, muss angemessen finanziert werden. Der Um- und Ausbau so genannter Demenzstationen liegt auch in kommunaler Verantwortung. Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte einsetzen?

Die Pflege muss sich mehr an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren. Durch mehr Transparenz bei Leistungsangeboten, deren Preis und Qualität erhalten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen die Möglichkeit, Leistungen und Leistungserbringer flexibler auszuwählen. Dabei sollen sie verstärkt zwischen Sachleistungen und Geldleistungen wählen können. Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. Damit schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung. Es liegen bereits gute Ansätze vor, die Pflegebedürftigkeit so neu zu klassifizieren, dass nicht nur körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch anderweitiger Betreuungsbedarf (z. B. aufgrund von Demenz) berücksichtigt werden können. Wir werden die Auswirkungen dieser Ansätze auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auch die Zusammenhänge mit anderen Leistungssystemen überprüfen. Spiegelbildlich zu der besseren Abbildung des Leistungsbedarfes müssen Wohn- und Betreuungsformen zur Verfügung stehen, die an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientiert sind, wie z. B. Wohngemeinschaften für Demenzkranke. Unser Ziel ist eine ergebnisorientierte und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte, selbstbestimmte Pflege. Die Pflegeversicherung bleibt ein wichtiges Element der sozialen Sicherung. Die Pflegebedürftigen müssen auch künftig angemessene Pflegeleistungen zu einem bezahlbaren Preis erhalten. In der Form der Umlagefinanzierung kann die Pflegeversicherung jedoch ihre Aufgabe, allen Bürgern eine verlässliche Teilabsicherung der Pflegekosten zu garantieren, auf Dauer nicht erfüllen. Daher brauchen wir neben dem bestehenden Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss. Die Veränderung in der Finanzierung eröffnet Chancen, die Leistungen der Pflegeversicherung langfristig zu dynamisieren und die Pflegebedürftigkeit – auch zugunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie z. B. Demenz – neu zu definieren. Alle Bemühungen um eine finanzielle Absicherung des Pflegerisikos im Rahmen der Pflegeversicherung entbinden den Einzelnen aber nicht davon, seine

Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

12.) Zu den Folgen zählen ein zunehmender Fachkräftemangel und die mangelnde Wertschätzung der geleisteten Pflegearbeit. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 11.).

Die FDP bekennt sich zur Tarifautonomie. Sie ist ein hohes Gut und gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft und hat Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung. Daher lehnen wir einen einheitlichen Mindestlohn ab. Nichts desto trotz haben wir uns für einen Mindestlohn in der Pflegebranche entschieden, um eine qualifizierte Pflege zu gewährleisten.

13.) Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

Die FDP sieht die umlagefinanzierte Ausbildung in der Pflege als kritisch, da diese selbst unter den Ausbildungsbetrieben als streitbefangen gilt. Die FDP sieht daher die Ausbildung in der Verantwortung der Betriebe. Wir begrüßen die umfänglichen Maßnahmen des Landes, die bereits zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen geführt haben.

14.) Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

Vergleiche dazu auch Antwort zu Frage 2.

In den Städten und Gemeinden haben die Bürger die Freiheit und Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Kommune einzubringen. Gemeinsam mit den Bürgern vor Ort will die FDP gute Lebensbedingungen für alle Bürger erarbeiten. Das Ehrenamt spielt für die liberale Gesellschaft vor Ort eine zentrale Rolle. Dieses wollen wir stärken.

Die Kommune ist die politische Entscheidungsebene, in der die Schwelle zu einer breiten Beteiligung am niedrigsten ist. Wir wollen möglichst viele Bürger ermutigen, sich für die Entwicklung ihrer Heimat politisch zu engagieren. Das Herzstück politischer Willensbildung sehen wir auch künftig in politischen Parteien und Bürgerinitiativen.

Hierarchische Strukturen sind in den Kommunalparteien vielfach schwach ausgeprägt, so dass ein direkter Einfluss auf die Diskussion über wichtige Entscheidungen in deren Rahmen gewährleistet ist.

Gleichzeitig muss es aber auch für parteilose Bürger Partizipationsmöglichkeiten an der Kommunalpolitik geben, insbesondere dann, wenn sie von fraglichen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Deshalb sind die Elemente demokratischer Mitbestimmung zu stärken und passgenau einzusetzen. Wir setzen uns daher für eine Stärkung der Kommunalparteien, eine rechtzeitige und treffsichere Informationspolitik, um Missstände/Vorurteile gar nicht erst entstehen zu lassen, ein. Ebenso stehen wir für die Weiterentwicklung der Bürgereingabe zu einer kommunalen Petitionsmöglichkeit nach Vorbild des Deutschen Bundestages.

Verantwortlich:

Claus Hübscher

Stellv. FDP-Kreisvorsitzender in Delmenhorst

Tannenbergstraße 41b

27751 Delmenhorst

Tel. 04221 – 73 75 7

Rethorn, 16.07.2011

Kommunalwahl 2011

Antworten auf die Wahlprüfsteine des AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V.

Kinderbetreuung und Altenhilfe

Programm für Seniorenpolitik

1. Die Politik für Senioren ist Teil der Familienpolitik. Die Berücksichtigung des demographischen Wandels muss deshalb als Querschnittspolitik betrachtet werden. Die Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen wird sich stark verschieben. Hierfür müssen intelligente Antworten durch Mehrfachnutzungen, Erhalt der Mobilität und Steigerung der Effektivität gefunden werden. Im Einzelhandel in der Gemeinde Ganderkesee sind bereits 60 Geschäfte als „ausgezeichnet generationenfreundlich“ zertifiziert worden. Weitere Schritte müssen folgen.

Seniorenpolitik heißt für die FDP aber auch, Sicherstellung einer besseren Pflege und Betreuungsqualität für ältere Menschen. Viele alte Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben. Deshalb müssen auch die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und barrierefreies Wohnen zuhause verbessert werden.

Generationenübergreifende Kommune

2. Das veränderte Familienbild in der Gesellschaft und die Anforderungen der modernen Arbeitswelt machen ein breiteres Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren notwendig. Beim Ausbau der Kinderbetreuung geht es um mehr Flexibilität, zeitgemäße und bestmögliche Ausstattung unserer Kindertagesstätten und Schulen, Abitur am Gymnasium Ganderkesee sowie ein für alle Generationen angemessenes Freizeitangebot. Dabei müssen sich auch Unternehmen stärker der Verantwortung stellen und im eigenen Interesse ein attraktives Umfeld für junge Familien leisten.

Die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort hängt von der Versorgungssituation mit Gütern und Dienstleistungen, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur und der verkehrlichen Erschließung ab.

Bei der Ortskernentwicklung in Ganderkesee und Bookholzberg sind wir auf einem guten Weg.

Seniorenfreundliche Infrastruktur

3. Neben fünf Seniorenwohnheimen wurden in der Gemeinde Ganderkesee bereits diverse Konzepte für Altenwohnungen umgesetzt. In Ganderkesee der Wohnpark „Am Fuchsberg“, am Brüninger Weg und in der Mühlenstraße; in Bookholzberg der Seniorenwohnpark an der Ellernbäke, und in Hoykenkamp ist noch eine weitere Senioren-Wohnanlage in Planung. Alle diese Einrichtungen wurden vom Gemeinderat und von der Verwaltung konstruktiv unterstützt.

4. Sowohl die Versorgung mit Gütern als auch mit Dienstleistungen ist mit Angeboten von unterschiedlichen Dienstleistern gewährleistet.
Da die Gemeinde Ganderkesee eine Flächengemeinde ist, kann der ÖPNV nur bedingt die Mobilität der Einwohner sicherstellen. Insbesondere der Bürgerbusverein ist hier ein wichtiger Faktor, der unsere Unterstützung hat.

5. Die FDP ist der Überzeugung, dass die Kernaufgabe des öffentlichen Kulturauftrages nur im Dialog mit den Bürgern bekräftigt und gestaltet werden kann.
Wir setzen auf eine gute Vernetzung der kommunalen Kulturangebote auch über die Gemeindegrenzen hinaus (z. B. GartenKultur-Musikfestival etc.). Damit kann ein flächendeckendes Kulturangebot verbessert werden. Soziokulturelle Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Angebot im ländlichen Raum. Die FDP setzt sich für eine hohe Qualität, mit lokalem Bezug unter Beteiligung der Bevölkerung ein.

Die Bereiche Bildung, Sport und Beratung werden abgedeckt durch die regio-VHS. Auch die Sportvereine bieten spezielle Angebote für Senioren an.

Pflegebedürftige und pflegende Angehörige

6. – 9. Wir, die FDP-Ganderkesee, vertreten aus Überzeugung den liberalen Gedanken – eigenverantwortliches, freies Leben der Menschen und den Staat als regulierendes Instrument der Gesellschaft. In diesem Sinn wollen wir aktiv die Entwicklung der Gemeinde Ganderkesee mitgestalten.
Dabei bleibt die Familie das Fundament unserer gesellschaftlichen Entwicklung, deren wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit wir auch zukünftig stärken werden.

Dass Generationen überwiegend getrennt leben, ist zurück zu führen auf den Wandel in der Arbeitswelt. Arbeitsplätze werden in Verbindung mit neuen Arbeitsprozessen in neuen Unternehmen ersetzt, alte Arbeitsplätze verschwinden. Ganderkesee hat einen optimalen Standort zwischen Bremen und Oldenburg. Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist das Ziel unserer Politik für die nächsten Jahre. Dazu gehört die bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen, die Förderung von Entwicklungsmöglichkeiten ortsansässiger Unternehmen und Existenzgründungen. Wenn Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort zur Verfügung stehen, können die Generationen vermehrt zusammen leben und sich gegenseitig unterstützen.

In der Gemeinde Ganderkesee hat das Ehrenamt einen hohen Stellenwert und spielt eine zentrale Rolle. Das Ehrenamt ist geprägt durch Eigeninitiativen und diese Eigeninitiativen wollen wir weiter fördern und stärken.

Alterspezifische Erkrankungen

10. – 11. Wir unterstützen die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote und den Um- und Ausbau von Demenzstationen in den Senioreneinrichtungen unserer Gemeinde.

Fachkräftemangel finanzielle Ausstattungen der Einrichtungen

12. – 13. Auch hier setzen wir auf die Kräfte des Marktes. Nur gute Einrichtungen mit ausgebildeten Fachkräften, die tariflich vergütet werden, finden dauerhaft den Zuspruch der Interessenten.

Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte

14. Die Kommune ist die politische Entscheidungsebene, in der die Schwelle zu einer breiten Beteiligung am niedrigsten anzusehen ist. Wir Liberale wollen möglichst viele Bürger ermutigen, sich für die Entwicklung ihrer Gemeinde politisch zu engagieren. Hierarchische Strukturen sind in den Kommunalparteien vielfach schwach ausgeprägt, so dass ein direkter Einfluss auf die Diskussion über wichtige Entscheidungen in deren Rahmen gewährleistet ist. In allen relevanten Fachausschüssen sind zudem Vertreter des Seniorenbeirats und können sich unmittelbar in die Entscheidungsfindung einbringen. Sie können den Kontakt zu den Ratsmitgliedern (Parteien, Ratsgruppen) herstellen und hier bereits im Abwägungs- und Entscheidungsprozess aktiv tätig werden.

Jonas Christopher Höpken
Ziegelhofstraße 35a
26121 Oldenburg
Tel./Fax 0441/9331667
Mob. 0171/2090505
jonas_hoepken@yahoo.de

AWO Bezirksverband Weser Ems e.V.
Herrn Paul Behrens
Klingenbergstraße 73
26133 Oldenburg

Oldenburg, 16.08.2011

**Antworten auf die Wahlprüfsteine des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems e.V.
zur Kommunalwahl 2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei die Antworten der **Partei DIE LINKE.Oldenburg** auf Ihre Wahlprüfsteine.

1) Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

Ja, in unserem Kommunalwahlprogramm gibt es das Kapitel „Mit uns –
solidarisch leben. Soziale Politik für Ältere.“

**2) Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre
Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?**

Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alte Menschen tatsächlich an den kommunalen Entscheidungsprozessen teilnehmen, z. B. durch spezielle Möglichkeiten, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen. Den kommunalen Seniorenplan für Oldenburg wollen wir weiterentwickeln. Zentrales Ziel der Stadtplanung soll es sein, ein altersgerechtes und barrierefreies Wohnumfeld zu schaffen, Begegnungsmöglichkeiten wie Stadtteilzentren bereitzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass eine Durchmischung der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten gewährleistet wird. Wir wollen alternative Wohnformen fördern und ausbauen, insbesondere auch gemeinsame Wohnformen für mehrere Generationen. Dies muss integraler Bestandteil des Wohnungsprogramms sein, das wir für Oldenburg fordern.

Ältere Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung zurechtkommen. Das setzt eine seniorenfreundliche Infrastruktur voraus.

- 3) Mehr als die Hälfte der Menschen wohnt in Ein- bis Zweifamilienhäusern. Bei der demographischen Entwicklung ist abzusehen, dass künftig vermehrt 1-2 Personen in großen Häusern und Wohnungen leben müssen. Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?**

Ja. Für uns gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“. Zur Verbesserung der ambulanten Versorgung auch hochbetagter und demenzkranker Menschen wollen wir von der Stadt geförderte Betreuungsgruppen mit entsprechenden niedrigschwelligen Tagesangeboten. Wir sprechen uns für die Förderung der Einrichtung von Hausgemeinschaften älterer Demenzkranker als Alternative zur Unterbringung in geschützten Abteilungen in Altenheimen aus. Zentrales Ziel unserer Stadtplanung ist es, ein altersgerechtes und barrierefreies Wohnumfeld zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass eine Durchmischung der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten gewährleistet wird. DIE LINKE will in Oldenburg alternative Wohnformen im Alter fördern und ausbauen, insbesondere auch gemeinsame Wohnformen für mehrere Generationen, aber auch bauliche Lösungen für die Umsetzung von innovativen Wohn- und Betreuungskonzepten für Menschen mit Demenz. Dies muss integraler Bestandteil des Wohnungsbauprogramms sein, das wir für Oldenburg fordern. Dieses Ziel muss außerdem bei allen Sanierungen berücksichtigt werden.

- 4) Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?**

Die Stadtplanung muss auf ältere Menschen Rücksicht nehmen und ihrem Recht auf Mobilität durch spezielle Ampelschaltungen, verkehrsberuhigte Zonen, Grünanlagen, nahe Wege für Einkauf und andere Erledigungen, ÖPNV etc. genügen. Für Menschen mit geringem Einkommen, auch für Rentnerinnen und Rentner mit geringer Rente wollen wir ein Sozialticket für den ÖPNV. Bei der Stadtplanung wollen wir für eine gute Durchmischung sorgen, sowohl hinsichtlich der Generationen, als auch hinsichtlich Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Dienstleistungen, Kultur.

- 5) Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?**

Bei der Stadtplanung wollen wir für eine gute Durchmischung sorgen, sowohl hinsichtlich der Generationen, als auch hinsichtlich der Elemente, Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Dienstleistungen, Kultur. Kulturelle Angebote müssen für ältere Menschen erschwinglich und zugänglich sein, auch Freizeit- und Sporteinrichtungen. Für sie sind mehr Weiterbildungskonzepte anzubieten, die ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und sie gleichermaßen als Lernende und Lehrende akzeptieren. Das InForum im PFL, das eine hervorragende Arbeit leistet, ist auszubauen und personell zu verstärken.

Die Zahl der Pflegebedürftigen, die allein oder zu zweit wohnen, wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen.

6) Welche Konzepte entwickelt ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

Wir wollen von der Stadt geförderte Betreuungsgruppen mit entsprechend niedrighschwelligem Tagesangeboten. Wir sprechen uns für die Förderung der Einrichtung von Hausgemeinschaften älterer Demenzkranker als Alternative zur Unterbringung in geschützten Abteilungen in Altenheimen aus. Wir wollen Begegnungsmöglichkeiten wie Stadtteilzentren fördern. Wir wollen alternative Wohnformen im Alter fördern und ausbauen, insbesondere auch gemeinsame Wohnformen für mehrer Generationen, aber auch bauliche Lösungen für die Umsetzung von innovativen Wohn- und Betreuungskonzepten.

7) Viele Familienmitglieder kümmern sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen und sind nicht selten damit überfordert. Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

Wir wollen die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, zu deren Finanzierung alle Einkommensarten herangezogen werden. Auf diese Weise wollen wir die Angebote der Pflegeversicherung ausweiten, um den ambulanten Faktor zu stärken und gleichzeitig die Familienangehörigen zu entlasten. Wir möchten außerdem die Beratung für Angehörige verbessern. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung eines Senioren-Service-Büros als unabhängige Beratungsstelle rund um das Thema Alter. Diese Beratungsstelle muss unabhängig sein, damit die Beratung nicht durch wirtschaftliche Interessen wie z.B. den Interessen von Kostenträger beeinflusst wird. Ziel muss die Entstehung einer vernetzten und aufeinander abgestimmten Beratungsstruktur sowie die Verzahnung professioneller, familaler und ehrenamtliche Strukturen sein.

8) In modernen Gesellschaften leben die Generationen überwiegend getrennt. Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

Auf kommunaler Ebene wollen wir, wie bereits beschrieben, die Generationen durch soziale und infrastrukturelle Maßnahmen zusammenführen. Übergreifend ist dafür eine Politik des Interessenausgleichs zwischen den Generationen erforderlich. Dazu gehört eine Politik, die es jungen Menschen ermöglicht, ihre Zukunft zu planen: durch die Einführung eines Mindestlohns von 10,00 Euro, die Zurückdrängung befristeter Arbeitsverhältnisse, ein Verbot von Leiharbeit, eine an der Produktivität orientierte Lohn- und eine aktive Arbeitspolitik. Außerdem wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung durch eine Verbreiterung der Beitragsbasis und ein Zurückdrängen der Privatisierung des Rentensystems stärken. Wir setzen uns für die Umsetzung von Konzepten ein, die allen Generationen die Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen

ermöglicht, z.B. durch generationengerechte Möglichkeiten der Beteiligung an Bürgerhaushalten und eine Stärkung plebiszitärerer Elemente.

9) Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

Ein Element dafür soll die Einrichtung des Senioren-Service-Büros als unabhängige Beratungsstelle rund um das Thema Alter sein. Ziel ist die Entstehung einer vernetzten und aufeinander abgestimmten Beratungsstruktur sowie die Verzahnung professioneller, familärer und ehrenamtlicher Strukturen sowie eine Verbindung von Bereichen der Pflege und der Gesundheitsversorgung mit weiteren Bereichen der Sozialversorgung in Oldenburg.

Mit einer älter werdenden Generation ist die Zunahme altersspezifischer Erkrankungen verbunden.

10) Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?

Durch die gezielte Förderung dieser Bereiche mit öffentlichen Zuschüssen für Kirchen und Wohlfahrtsverbände als Träger, ggf. auch öffentlichen Einrichtungen. Die ärztliche Versorgung wollen wir auch durch die Förderung von Polikliniken verbessern.

11) Wir wissen, dass die Zahl der demenziell erkrankten Personen zunehmen wird. Der Mehraufwand, der bei der medizinischen Versorgung demenzerkrankter Menschen entsteht, muss angemessen finanziert werden. Der Um- und Ausbau sogenannter Demenzstationen liegt auch in kommunaler Verantwortung. Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte einsetzen?

Auf kommunaler Ebene setzen wir uns sowohl, wie beschrieben, für moderne ambulante Angebote für Demenzerkrankte ein, als auch für eine Verbesserung des stationären Angebotes (Gerontopsychiatrie z.B. in der KJK, Gerontologie im Klinikum, Demenzstationen in den Altenheimen). Die Entscheidung über den Bau von Pflegeeinrichtung ambulanter und stationärer Einrichtungen sowie von Demenzstationen ist nicht dem Markt zu überlassen. Stattdessen muss das Prinzip der Bedarfsdeckung gelten. Das heißt konkret: Die politischen Entscheidungsträger ermitteln mit Unterstützung der Fachleute im ambulanten und stationären Bereich sowie den Verbündeten jährlich den individuellen Pflegebedarf in einer Region oder Kommune und in den einzelnen Einrichtungen. Zu diesem Pflegebedarf dürfen nicht nur die Verrichtungen zählen, die zum Überleben nötig sind. Vielmehr brauchen wir einen ganzheitlichen Pflegebegriff. Das heißt: Es müssen auch Aspekte berücksichtigt werden wie aktivierende Pflege, Betreuung, Beratung, Zuwendung, insbesondere bei der Pflege und Betreuung von Demenzkranken.

Die stationären Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen sind im Vergleich zu Einrichtungen in anderen Bundesländern wesentlich schlechter gestellt.

11) Zu den Folgen zählen ein zunehmender Fachkräftemangel und die mangelnde Wertschätzung der geleisteten Pflegearbeit. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

Selbstverständlich treten wir für Tariflöhne in der Pflege ein. Dumping-Pflege ist für uns inakzeptabel. Die finanzielle Grundlage der Pflege wollen wir durch eine Umwandlung der Kranken-, -und Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung verbessern. In diese Bürgerversicherung müssen ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen, auch Selbständige, Beamte und Freiberufler. Alle Einkommensarten müssen zur Finanzierung der Pflegeversicherung herangezogen werden, also auch aus selbständiger Arbeit, Kapital-, Miet und Zinseinnahmen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind drastisch anzuheben, im ersten Schritt auf die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung, und langfristig aufzuheben. Die Leistungen müssen dann jährlich in Höhe der Bruttolohnentwicklung dynamisiert werden. Langfristig wollen wir die Pflegeversicherung von einer Teil- zu einer Vollkaskoversicherung machen, denn der Anspruch auf Pflegeleistungen besteht völlig unabhängig von Einkommen und Vermögen. Dafür halten wir einen erhöhten Bundeszuschuss für die Pflegeversicherung für richtig. Dafür wäre es nötig, die Erbschaftsteuer zu erhöhen.

Auf keinen Fall darf es zu einer Teilprivatisierung der Pflegeversicherung kommen; dies würde dazu führen, dass sich nur Reiche eine gute Pflege leisten können. Deshalb lehnen wir auch für die Pflegeversicherung jede Art einer Umstellung auf eine Kopfpauschale ab. Auf keinen Fall wollen wir eine Art Riester-Pflege. Diese könnten sich viele gar nicht leisten und wäre daher unsolidarisch.

Über das gegenwärtige Pflegestufenmodell kann der erforderliche Bedarf nicht abgebildet werden. Daher ist es durch neue Instrumentarien der Bedarfsermittlung zu ersetzen, und zwar abgeleitet aus der UNO-Menschenrechtskonvention für behinderte Menschen von Dezember 2006, also vom Anspruch der Teilhabeermöglichung her.

Die Personalbemessung in der Altenpflege muss sich an diesem ermittelten individuellen Bedarf orientieren. Dies gilt dann auch für die erforderliche Quote von Fachkräften. Bevor es zu diesen grundlegenden Reformen kommen kann, müssen die Pflegesätze in Niedersachsen mindestens auf den bundesdeutschen Durchschnitt angehoben werden. Das gleiche gilt für die Personalrichtwerte. Wir halten aufgrund der mangelhaften landesrechtlichen Vorgaben zur Personalbemessung eine bundesweite geltende, rechtsverbindliche Personalverordnung für nötig. Außerdem muss es in Niedersachsen eine Erhöhung der Investitionskosten durch das Land geben.

Bei der Festsetzung der Pflegesätze sind die tariflichen Löhne zu Grunde zu legen, nicht ein Durchschnitt zwischen den Löhnen in tarifgebundenen Einrichtungen und Einrichtungen ohne Tarifbindung. Die von den Tarifparteien ausgehandelten Tarife sind für allgemeinverbindlich zu erklären, bzw. ist für die Arbeitsvergütungen die Grundlage des TVÖD festzuschreiben. Dies gilt sowohl für die Heime als auch für die ambulanten Einrichtungen.

12) Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

Dies befürworten wir. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

Viele ältere aktive Mitglieder der AWO Weser-Ems sind ebenfalls in Seniorenbeiräten ihrer Kommune aktiv.

14) Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

Die Seniorenbeiräte sollten zu allen Entscheidungen des Stadtrates befragt werden und Einwendungen vorbringen können, die dann in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen sind. Alle Fragen können direkt oder indirekt die ältere Generation betreffen. Sehr wichtig finden wir aber auch die direkte Einbindung älterer Menschen in die politische Willensbildung, zum Beispiel durch speziell auf sie zugeschnittenen Möglichkeiten, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jonas Christopher Höpken
Pressesprecher DIE LINKE.Oldenburg